



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Frankfurt.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

in den Zuchthäusern verbüßt werden. Da erstere dem Gesetze gemäß größtentheils erst errichtet werden und die Zuchthäuser ihrer Räumlichkeit nach jene vertreten müssen, so kann eine Entleerung der Zuchthäuser erst dann eintreten, wenn die ausreichende Beschaffung jener erfolgt ist. Daß die Ausführung einer solchen Maßregel mit vielen Schwierigkeiten verknüpft sein muß, beweisen die Einleitungen, welche von den Behörden begonnen sind. Bis dahin kann das Zusammenleben einer Musterkarte verschiedener Gefangenen ohne strenge Zucht, ohne ausreichende Beschäftigung, ohne eine Ausbrüche und Excesse verhindernde Beaufsichtigung, nur traurige Folgen haben. Es läßt sich deshalb ein bestimmter Zeitpunkt nicht angeben, in welchem die Aufnahme und Entlassung von Strafgefangenen jeder Classe sich ausgleichen wird. Das Begnadigungsrecht kann inzwischen eine ausgedehntere Anwendung finden, wo es Verbrechern aus Leidenschaft zugutekommen darf. Daß die erhöhten Strafen selber eine Verringerung der Vergehen oder Verbrechen durch Abschreckung bewirken werden, dürfen wir in Zweifel ziehen, wenn wir besonders noch hinzufügen, daß bei der großen fast beispiellosen Theuerung kurz nach der Ernte ein trüber Winter bevorsteht, der bei der fehlenden Ausgleichung zwischen Lohn und Lebensmitteln den Verwaltungsbehörden eine schwere Sorge und den Gerichten eine erhöhte Thätigkeit in Aussicht stellt. Ein rebellirender Magen ebnet bekanntlich am leichtesten den Nichtsteig zum Zuchthause.

## Aus Frankfurt.

3. November.

Unsere gute Stadt ist ziemlich novembergrau. Der Börse ist von den orientalischen Angelegenheiten flau und matt zu Muth, so daß selbst die trocknen Börsenberichte fast humoristisch verwundert klingen, wenn einmal dieses oder jenes Papier eine halbe Stunde lang „begehrt“ ward, um schließlich dennoch wieder „zurückzweichen.“ Was sich politisch nennt in der Staatsbürgerschaft, ist verstimmt vom Kampfe zwischen den „Schwarzen“ und „Gothanern“, während nur der „Volksfreund für das mittlere Deutschland“ aus seinem Bornheimer Observatorium in demokratischer Gesinnungstüchtigkeit mit souveräner Verachtung auf alles niederschaut, was überhaupt geschieht. Das ganze Publicum ist in Bangen und Sorge ob der immermehr steigenden Theuerung, welche übrigens hier bereits weit über die Lebensmittel hinausgegriffen hat und fast jedes Lebensbedürfniß umfaßt. Bei den Kunst- und Innungsverhältnissen, welche wieder in üppigerer Blüte stehen, als vor 1846, ist's wol natürlich. Der Consumant ist an verhältnißmäßig wenige Producenten gebunden und diese sorgen dafür, daß ihre gegenseitige Concurrrenz nicht wächst. Hier bilden in der That nur die Messen eine kurze

Frift, in welcher man sich durch wohlfeilere Ankäufe von Kleidern, Hausgeräth, Geschirre 2c. vor der Uebertheuerung des übrigen Jahres einigermaßen bewahren kann. Aber dazu gehört vorrätziges Geld und einzelnen Handwerkern, wie den Maurern, Weißbindern, Tischlern 2c. bleiben Haus- und Familieneinrichtungen dennoch unausweichlich verfallen. —

In dieses herbftliche Mißbehagen ist die Bundesversammlung nach dem Ende ihrer Erholungsmonate wieder eingezogen. Auch der Bundespräsidialpräsident, Hr. Profesch Freih. v. Osten, ist nun wirklich da, nachdem ihn dienstfeilige Correspondenzen hiesiger und fremder Blätter schon früher verschiedene Mal hatten ankommen lassen, ohne daß er gekommen war. Diese Ankunftsnachrichten erinnerten recht patriarchalisch an die vormärzlichen Berichte eines hiesigen Correspondenten der *N. N. Z.*, welcher blos von den wahrscheinlichen, bevorstehenden, erfolgten, verschobenen, abgeänderten, widerrufenen Ankünften und Abreisen des Hrn. v. Münch-Bellinghausen zu leben schien. Damals wars eine harmlose Privatspeculation, heute vermuthet man weitere Absichten dahinter. Die Welt ist gar so mißtrauisch geworden und die Revelations der Nationalzeitung über hiesige Correspondenzfabrication hat sie nicht eben zutraulich gemacht. Jetzt hört man nun in denselben Organen wieder eine Menge von Dingen, zu deren unbefangener Annahme ebensowenig Lust vorhanden ist. Vor allem gehört dazu die Versicherung, für eine neue Bearbeitung des Bundespreßgesetzes sollten neue Fachmänner einberufen werden und zwar aus den mittlern und kleinern Staaten. Damit scheint weiter nichts cachirt werden zu sollen, als das zuverstchtliche Fiasco, welches der letzten bayerischen Bearbeitung bei der Abstimmung bevorsteht, denn nur zu genau hat sich ergeben, wie die Bestimmungen des Entwurfs nicht nur gegen die Auswüchse der Presse, sondern gradezu gegen das gesammte Leben der Presse gerichtet sind. Aehnliche Preßzustände, wie in Baiern, Oestreich, Kur- und Darmstadt-Hessen, sind aber in anderen deutschen Staaten nicht wol möglich, weil da die Presse ein Lebens-element ist, dessen man nun einmal nicht mehr entbehren kann. Und wenn man außerdem auf die Handhabung der Preßbeaufsichtigung in den genannten Staaten hinblickt, so kann man sich der Ueberzeugung nicht entschlagen, daß ihr proponirtes Preßgesetz wol ein treffliches Mittel wäre, jede literarische Stimme zu erdrücken, die ihnen mißliebig ist, dagegen keinerlei Gewähr gebe, daß die Angriffe auf andere politische Systeme mit gleichem Maß gemessen würden. Ebenso verhält es sich mit dem Vereinsgesetz. Auch dieses würde nur dazu dienen, dem ultramontanen und Coalitionsprincip freien Spielraum zu geben, dagegen die Vereinigung von Vertretern anderer Ueberzeugungen gradezu unmöglich zu machen. Im bayerischen Vereinsgesetze steht man das Vorbild. Dort können kaum drei oder vier Menschen zusammenkommen, ohne der polizeilichen Ueberwachung als politischer Verein oder andern Maßregelungen zu verfallen, während die Bonifacius-, Pius- u. dgl. Vereine ungehindert ihr Wesen treiben, indem sie behaupten, sie seien

nicht politischer Natur. Verschiedene Zeitungsstimmen haben es auch schon in ihren Kritiken über die proponirten Entwürfe ganz unumwunden ausgesprochen, daß dieselben einfach einer neuen Machterweiterung des Coalitions- und anti-protestantischen Princips die Wege bahnen sollen. Bäte dazu ein norddeutscher oder protestantischer Staat die Hand, so könnte er nur sich selber anklagen, wenn sogar seine besten Intentionen fernerhin ohne Fürsprache in der Presse, wie in der öffentlichen Meinung blieben. Glücklicherweise gehört nun zum Zustandekommen des Preß-, wie des Vereinsgesetzes, Einhelligkeit der Stimmen beim Bundestage und vielleicht geschah es eben darum, daß dem Publicum früher von gewissen Seiten fortwährend eingestritten werden sollte, die Stimmenmehrheit könne entscheiden. Das demokratische Princip der Abstimmung nach Köpfen, sonst so tief verachtet, schien doch grade in diesem Falle sich großer Beliebtheit in den mittelstaatlichen Regionen zu erfreuen. —

Welches die zuerst von der Bundesversammlung zu behandelnden Angelegenheiten sein werden, steht wol noch nicht fest. Jedenfalls scheint aber gewiß, daß die hiesige, sehr kleine Fraction der „Schwarzen“ den Bundestag ganz direct zur Intervention gegen unser Verfassungsleben auffordern wird. Die diesfallige Eingabe liegt fertig, und von dem Präsidialgesandten soll den betreffenden Leuten sogar die mündliche Versicherung geworden sein, daß ihre Interventionsbitte vollste Gewähr finden werde. So wenigstens erzählt man sich in der Stadt. Allerdings könnte man es österreichischerseits auch nur gern sehen, wenn die dortigen Principe gegen die Juden wenigstens annäherungsweise in deutschen Staaten ihre Nachfolge fänden. Und wenn für Frankfurt eine derartige Sentenz des Bundestags vorläge, ließe sich wol allmählig für ganz Deutschland eine ähnliche authentische Interpretation des Artikel 16 der B. U. erreichen, worin es heißt: „Die Bundesversammlung wird in Berathung ziehen, wie auf eine möglichst übereinstimmende Weise die bürgerliche Verbesserung der Befenner des jüdischen Glaubens in Deutschland zu bewirken sei, und wie insbesondere denselben der Genuß der bürgerlichen Rechte, gegen die Uebernahme aller Bürgerpflichten, in den Bundesstaaten verschafft und gesichert werden könne.“ Persönlich gehört ihr Bericht-erstatte nun allerdings keineswegs zu den Verehrern des jüdischen Elements im Staatsleben. Ebenso fest ist er jedoch überzeugt, daß nur eine rückhaltlose Eman- cipation dessen racenhafte und in dieser Racenhaftigkeit corrodirende Einwirkung wohlthätig für beide Theile auszugleichen vermag. Speciell in Frankfurt erscheint aber der Eintritt eines solchen dritten Elements in den Staatsorganismus ganz besonders nothwendig, wenn unsere politischen Parteien nicht allmählig vollkommen in confessionellen Gegensätzen aufgehen sollen.

Es ist traurig, aber es ist wahr, daß wir hier knapp an dieser Grenze stehen. Noch vor wenigen Jahren war eine derartige Scheidung fast unbekannt. Einer Ihrer Correspondenten vom Main hat nun neulich geäußert, man dürfe

es Herrn Beda Weber nicht zum Vorwurfe machen, daß er in seinen „Charakterbildern“ sowol „Uebertreibungen und gemeine Ausfälle“, als beweislose Verdächtigungen von Personen, unwahre Darstellungen seiner Ansätze u. s. w. angewendet habe. Solange er nur nicht als Geistlicher auch so predigt, hat niemand ein Recht, ihm einen Vorwurf zu machen, wenn er sich mit dem Chorrock auch des lästigen Zwanges entledigt, den ihm seine Kirche auferlegt.“ Diese Meinung können wir umsoweniger theilen, als grade seit der geistlichen Wirksamkeit des Herrn Weber in hiesiger Stadt jene Spaltungen zwischen Katholiken und Protestanten ins Leben getreten sind. Ueberall trat er als Soldat der Ecclesia militans in den Vordergrund und also ist zwischen dem Geistlichen und dem politischen Parteimann keine Grenze zu ziehen. Ja, wenn man der allgemeinen Meinung einiges Gewicht beilegen darf, so hat dieser Mann gradezu die meiste Schuld an jenem Hervordrängen der confessionellen Spaltungen. Freilich „predigt“ er sie nicht von der Kanzel. Aber in der katholischen Kirche ist die Predigt überhaupt Nebensache und die Wirksamkeit des Geistlichen als Gewissenrath und Beichtvater die Hauptsache.

Es ist darum gewiß von großer Bedeutung, daß hier, wie anderwärts, das starrkatholische Element mit dem blind reactionären fast identisch genannt werden muß. Und in gewisser Art fügt sich daran die Bemerkung, daß bei den Urwahlen zu der gesetzgebenden Versammlung (— bei welchen nach dem neuen Gesetz die israelitischen Staatsbürger wahlfähig sind —) nicht nur die starre Reaction christlichen Stammes neben der extremen Demokratie, sondern auch die Mitglieder der altgläubigen Judengemeinde sich der Abstimmung enthielten. So finds allerdings Minoritätswahlen geworden, aus denen die gesetzgebende Körperschaft, bis auf die neu hinzugewählten 4 Israeliten, in der unveränderten Gestalt ihrer vorigen Zusammensetzung wieder hervorging. Anzufechten sind aber trotzdem die Wahlen nicht, und ein hiesiges Blatt weist sogar nach, daß in 22 Jahren (— also auch unter der Herrschaft jener Leute, die sich conservativ oder gar „Reformer“ nennen —) neunmal noch minder zahlreiche Minoritätswahlen stattgefunden haben. — Daß wir noch nicht am Ende der Wirrungen in unserem Staatsleben angekommen sind, verhehlt sich niemand. Ebenso wenig kann aber auch jemand daran zweifeln, daß eine Intervention des Bundestags nur denjenigen Principien zugute kommen könnte, welche Südwestdeutschland immer mehr vom Gesamtdeutschland loszutrennen und außernationalen Einflüssen anheimzugeben streben. Die Neutralität des Frankfurter Bodens würde bald aufhören und die Vertretungen deutscher, paritätischer, dem Fortschritt huldigender Interessen, könnten bald nichts weiter sein, als vorläufig geduldete Gäste, Fremde, Untergeordnete.